

1.3.58.06.2.1.

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

KOMMISSIONEN FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

T O U R D ' H O R I Z O N

NATIONALRAT

(Sitzung vom Montag, 21. August 1978)

STAENDERAT

(Sitzung vom Donnerstag, 7. September 1978)

(Lage am 15. August 1978)

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

TOUR D'HORIZON

Die Sowjetunion als Weltseemacht

I Die Grundzüge der globalen sowjetischen Strategie

1. Allgemeines

Der "erste proletarische Staat", der auf den Trümmern des gewaltigen russischen Reiches aus der Oktoberrevolution hervorgegangen war, verstand sich als das "Hauptquartier der Weltrevolution" und nahm seine Aussenpolitik nur als Funktion dieses Zieles wahr. Nach vierjährigen Wirren, gekennzeichnet durch Bürgerkrieg und ausländische Interventionen, sowie nach dem Scheitern der Revolutionen in Deutschland und China musste er zu einer bescheidenen Regionalpolitik zurückkehren, womit er bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges sogar vom europäischen Schachbrett verschwand. Er konzentrierte sich auf die Entwicklung seiner Industrie und die Festigung seiner Macht durch eine unerbittliche Beseitigung jeglichen inneren Widerstandes.

Es ist deshalb umso erstaunlicher zu sehen, dass dieser Staat sechzig Jahre nach seiner Gründung nicht nur die traditionelle Rolle seines Vorgängers wieder aufgenommen hat, sondern, dass er dessen ehrgeizige Pläne verwirklicht und als Weltmacht auftritt, die den Vereinigten Staaten den ersten Rang streitig macht.

- 2 -

Der Aufstieg spielte sich gleichzeitig mit einem grundlegenden Wandel in der internationalen Gemeinschaft ab, welcher ein bis damals unvergleichliches Ausmass erreichte. Dies geschah als Folge zweier Weltkriege, der Auflösung von vier grossen Reichen (derjenigen Oesterreich-Ungarns, der Ottomanen, Deutschlands und Japans) und als Ergebnis der Befreiung von kolonialen Bindungen, ein Prozess, der die zwei wichtigsten Kolonialstaaten Grossbritannien und Frankreich, zu Mittelmächten abschwächte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erschienen die Vereinigten Staaten und die UdSSR als die beiden vorherrschenden Mächte, die jedoch noch nicht gleichwertig waren. Aufgrund des wirtschaftlichen Potentials, ihres Engagements auf allen Kontinenten, ihres wissenschaftlichen und technologischen Vorsprunges verfügten die USA über sichere Vorteile gegenüber einem Konkurrenten, der zudem durch seinen Kampf auf Leben und Tod mit dem nationalsozialistischen Deutschland erschöpft war.

Die Sowjetunion suchte ihre Unterlegenheit auf zwei Wegen auszugleichen: Einerseits durch das Konzept der politischen Bipolarität, als einer Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschrittes und jenen der Reaktion - sie beabsichtigte damit oppositionelle Bewegungen in Ländern ausserhalb ihres Einflussbereiches auf ihre Seite zu ziehen -, und andererseits durch eine Zunahme ihres militärischen Arsenal. Dagegen war die UdSSR in einem ersten Abschnitt, der dem Ende der Stalin-Aera entspricht, nicht bestrebt, ihre propagandistischen Anstrengungen durch diplomatische Aktivitäten zu unterstützen. Abgesehen vom Bekehrungseifer mit begrenzter Wirksamkeit blieb sie politisch und militärisch eine regionale Macht.

Stalin war es gelungen, im "demokratischen und anti-imperialistischen Lager" eine eiserne Disziplin durchzusetzen. Mit dem Ende des Stalinismus, der unter den Nachfolgern Stalins

nicht mehr tragbar war, verlor auch diese Starrheit des Systems an Kraft. Chruschtschow verstand es, eine neue, aktivere Politik zu entwickeln, welche sich hauptsächlich auf die seit kurzem unabhängig gewordenen Nationen ausrichtete, die an der Konferenz von Bandung ihre Solidarität manifestiert hatten. Diese Annäherung an Regierungen nicht-kommunistischer Staaten wurde durch die Bemühungen zur Entkrampfung der Beziehungen zum Westen im Namen der alten leninistischen Theorie der friedlichen Koexistenz erleichtert.

Bei diesem ersten Versuch, Weltpolitik zu betreiben, stützte sich die UdSSR nur auf beschränkte materielle Mittel. Sie errang nur punktuelle und zeitlich begrenzte Erfolge, indem sie insbesondere aus dem Erlangen der Unabhängigkeit zahlreicher Länder Gewinne zog.

Zusammen mit anderen Schwierigkeiten verursachten zwei Geschehnisse den Sturz Chruschtschows: der chinesisch-sowjetische Streit, der dem "anti-imperialistischen" Bild der UdSSR schadete, und die Kuba-Krise, welche den Widerspruch zwischen den tatsächlichen Mitteln der Sowjetunion und den weltweiten Ambitionen des Kremlführers freilegte. Die Nachfolger bemühten sich um die Schaffung der erforderlichen Basis für eine Weltpolitik: strategische Waffen, Hochseeflotte, und lufttransportierte Einheiten mit den entsprechenden Transportmitteln.

Gleichzeitig sollte es die Détentepolitik mit Hilfe des Westens ermöglichen, technologische Lücken zu schliessen, die auf einer übermässigen Anlehnung an autoritäre Methoden in Wirtschaft und Forschung beruhten.

Angesichts ihrer materiellen Ressourcen lässt sich der Aufstieg der Sowjetunion in den Rang einer Weltmacht als logisches Ergebnis der internationalen Lage am Ende des 20. Jahrhunderts

erklären. Da dieser Aufstieg heute noch nicht abgeschlossen ist, stellt er weiterhin einen Faktor der Unruhe und des Ungleichgewichtes dar. Er konnte sich nicht anders vollziehen, als durch ein Kräfteessen mit der etablierten Macht und deshalb auch durch die Unterstützung all derjenigen, welche sich durch diese Macht übervorteilt glaubten. Die Bedeutung der ideologischen Rechtfertigung darf dabei nicht überschätzt werden (wie sich am Beispiel der Hilfe an Indien und Aegypten zeigte).

In ihren Grundzügen strebt diese Politik nach rang- und machtmässiger Parität mit den USA, nach Sicherheit des Reiches und des Satellitengürtels, sowie nach der politischen Neutralisierung Westeuropas. Auf anderen Kontinenten sucht sich die UdSSR einen politischen und gelegentlich auch militärischen Rückhalt, der es erlaubt, jedesmal ihre Präsenz zu zeigen, wenn dies opportun erscheint.

In zahlreichen Belangen haftet dieser Politik etwas Traditionelles an; insbesondere entspricht sie dem im allgemeinen vorsichtigen Charakter der russischen Führer.

2. Die Geographie als beständiges Element der sowjetischen Globalstrategie

Die Sowjetunion stellt eine riesige kontinentale Masse dar, die an etwa siebzehn, ihr eher unfreundlich gesinnte Länder grenzt, zu denen man weitere zwölf Staaten hinzufügen muss, die in einer Entfernung von weniger als 800 km von ihren Grenzen liegen. Ihre Lage zum Meer ist ausgesprochen ungünstig. Ursprünglich berührte das russische Territorium nirgends die See; heute besitzt die UdSSR Küsten in der Länge von 43'000 km, 80% davon sind aber während mehr als der Hälfte des Jahres durch Eis gesperrt. Die vier Gebiete, in denen die UdSSR an die schiffbaren

Meere stösst, sind sehr weit voneinander entfernt; der Zutritt zweier dieser Meere, der Ostsee und des Schwarzen Meeres, befindet sich in der Hand anderer Mächte. Es ist den sowjetischen Flotten praktisch verwehrt, einander zu Hilfe zu eilen.

Andererseits bringt die geographische Lage auch beträchtliche Vorteile, die Mac Kinder in seiner berühmten Theorie über das europäisch-asiatische Herzland klar erläuterte. Russland verfügt über eine gewaltige strategische Tiefe. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern erlitt es nur wenig Einfälle, von denen die letzten jeweils am Klima und am weiten Raum scheiterten.

Die russische Politik zielte beständig auf einen erhöhten natürlichen Schutz durch den Raum ab; gleichzeitig bemühte sie sich um die Verbesserung ihrer Lage in bezug auf die freien Meere (Stoss in Richtung der Meerengen, Annexion der Kurilen).

3. Die UdSSR als Militärmacht

Geschaffen als ein Faktor des Widerspruches mitten in einer feindlichen Umwelt, mass der sowjetische Staat seit seinen Anfängen einer schlagkräftigen und zahlenmässig starken Armee eine absolute Vorrangstellung zu. Das Unsicherheitsgefühl der Kremlführer, ein charakteristischer Zug des Regimes, ist ebenso sehr durch geschichtliche Erfahrungen wie durch die gegenwärtige Lage eines Landes gerechtfertigt, das den westlich gelegenen Nachbarn seine Herrschaft aufgezwungen hat, das mit den andern Nachbarn entweder auf schlechtem Fusse steht, oder mit denen potentielle Streitigkeiten drohen, und das ausserdem gegenüber der führenden Wirtschafts- und Militärmacht der Welt mit Entschlossenheit die Rolle des Herausforderers eingenommen hat.

Eine derartige Ausgangslage erfordert den Unterhalt eines umfangreichen strategischen Arsenal und des grössten Landheeres der Welt. Im Gegensatz dazu konnte sich der Flottenbau nur als Ausdruck des Willens entwickeln, die sowjetische Präsenz weltweit zu manifestieren und sich nicht einfach mit dem blossen Umkreis des nationalen Territoriums zu begnügen.

Nach glaubwürdigen Schätzungen widmet die UdSSR 11 - 14% ihres Bruttosozialproduktes der Verteidigung. Das Ausmass dieser Anstrengungen scheint unter den herrschenden Kreisen offenbar nie zu Uneinigheiten geführt zu haben, umso heftiger verliefen Auseinandersetzungen über die Verwendung dieser Mittel. Was das russische Volk anbetrifft, dem man die Armee seit den dreissiger Jahren als Erben einer ruhmreichen Vergangenheit darstellt (Peter der Grosse, Suwarow, Kutusow), so weiss man, dass dieses Volk die für die Verteidigung des Vaterlandes geforderten Opfer immer mit einer heroischen Selbstüberwindung auf sich nahm. Zudem wirkt die Beharrlichkeit, mit der das Regime die äusseren Bedrohungen betont, fördernd auf die innere Integration und Anpassung.

Die Verteidigungsaufwendungen fliessen in einen Bereich, der aus Sicherheitsgründen vollständig von anderen Wirtschaftszweigen getrennt ist, welche deshalb keinen Nutzen daraus ziehen können. Die Sowjetunion wandte sich nun ja an den Westen, um die technologischen Lücken zu schliessen, die teilweise daher rühren, dass die militärischen Ausgaben Ressourcen, namentlich intellektueller Art, beanspruchen, die anderswo fehlen.

Die sowjetische Armee geniesst ein beträchtliches Ansehen und bildet eine der Säulen des politischen Systems. Das Verteidigungsministerium verfügt über eine relativ grosse Selbstständigkeit und hat im wissenschaftlich-technischen Gebiet einen erheblichen Vorsprung auf andere Dienststellen. Indessen lässt sich nicht behaupten, dass die Militärs, selbstverständlich

ausserhalb ihrer Aufforderungen zur Wachsamkeit und zur Verstärkung der Verteidigung, eine eigenständige Politik verfolgen würden. Vielmehr treten sie für ihre besonderen Interessen ein, wie für eine starke Schwerindustrie (daher ihr Uebername als "Stahlfresser") und die Ausdehnung der Rüstungsforschung. Die Marschälle Schukow und Gretscho waren seit dem Tode Stalins die einzigen sowjetischen Militärs, welche in dieser Funktion im Politbüro Einzug nahmen. Heute stammt der Vertreter des "militärisch-industriellen Komplexes", Ustinov, aus dem zivilen Leben.

4. Die Schwerpunkte der globalen Strategie

Der Entschluß der UdSSR zugunsten einer globalen Politik brachte eine Erweiterung der Offensivmittel der Streitkräfte mit sich, eine Diplomatie und auch eine Strategie, welche es ihr ermöglicht, diese Machtmittel weltweit anzuwenden. Ausgenommen im eigenen Einflussbereich stiess die Sowjetunion überall auf den amerikanischen Gegner, der zur Wahrnehmung seiner Verantwortung als etablierte Weltmacht seit 1945 einen militärischen Apparat benützt, den er während des letzten Weltkrieges aufstellte und der imstande ist, seine Wirkung von einem Pol zum andern zu entfalten.

Im Sektor der strategischen Rüstung, in dem die härteste Konkurrenz herrscht, sucht die Sowjetunion eine grosszügig ausgelegte Parität. Es ist wenig wahrscheinlich, dass sie damit rechnet, die Vereinigten Staaten merklich zu übervorteilen, das heisst eine "first strike capacity" zu erwerben, die einen Rüstungswettlauf entfesseln könnte, bei dem das überlegene Potential der Amerikaner zur Geltung käme. Die gegenwärtige Lage ist dadurch gekennzeichnet, dass die USA mehr und zielgenauere Sprengköpfe besitzen, währenddem die UdSSR mehr Raketen mit grösserer Zuladung

aufweist. Die sowjetische Taktik in den SALT-Verhandlungen trachtet offensichtlich danach, den Vereinigten Staaten die Ausnützung der technologischen Ueberlegenheit zu erschweren.

Dem Landheer obliegt vorerst, die sowjetischen Stellungen in Osteuropa zu garantieren und weiter die Funktion der UdSSR als erste Militärmacht des Kontinentes zu bekräftigen. Diese Rolle der Armee fügt sich in die Politik der Druckausübung ein, die darauf hinzielt, die Bedeutung Westeuropas zu verkleinern und seine Unabhängigkeit zu beschneiden. In diesem Zusammenhang spielt die sowjetische Flotte vor allem dadurch eine Rolle, dass sie die transatlantischen Verbindungen bedroht. Im Osten wird ein ähnlicher Druck auf China aufrechterhalten, namentlich dank den in der Mongolei stationierten Truppen.

In Uebersee (die UdSSR hat dort Verbündete mit wechselhaftem Wert wie Kuba, Südjemen, Angola, Aethiopien, in geringerem Masse Mozambique und heute auch Vietnam) äussert sich die sowjetische Präsenz durch Militärmissionen in zahlreichen Ländern, durch einige Marinestützpunkte, die Handelsflotte und durch vergleichsweise wenige Entwicklungsprojekte. Daneben hat die Sowjetunion nur einen geringen Handel, keine Investitionen und keine im Ausland niedergelassene Gemeinschaft russischer Bürger. In ihrer Rolle als Weltmacht, die ohne eine ausreichend starke Flotte unglaublich wäre, bewahrt sie sich daher eine recht grosse Freiheit in der Festlegung ihrer Strategie. In der Tat entwickelte sie ihr weltpolitisches Ziel aus der Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten.

Es geht ihr darum, "sich den Machenschaften des Imperialismus entgegenzustemmen", was soviel bedeutet, wie denjenigen Ländern und Bewegungen eine ideologisch verbrämte Unterstützung zu gewähren, die sich im Kampf gegen den Konkurrenten, seine Verbündeter und Schützlinge befinden. Die UdSSR ist ausserstande,

sich durch das Gewicht ihrer zivilen Hilfe Einfluss zu verschaffen. Sie ermutigt daher radikale Regierungen, indem sie ihnen Waffen liefert und politisch-militärisch Beistand leistet. In einem derartigen Programm hat die Flotte augenscheinlich eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

II Die sowjetische Flotte im Rahmen der globalen Strategie

1. Die Entwicklung der Flotte

Obwohl die eigenen Erfahrungen, insbesondere im russisch-japanischen Krieg, wiederholt die Nachteile der geographischen Lage Russlands für eine maritime Strategie aufzeigten, spielte die russische Flotte, eine Schöpfung Peter des Grossen, in der Zarenepoche eine wichtige Rolle. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war es dem neuen Regime nicht gelungen, eine neue Doktrin zu entwickeln, die von derjenigen des Zarenreiches abwich. Im deutsch-russischen Krieg beschränkte sich die Marine im wesentlichen auf die Küstenverteidigung und auf einige Unterstützungsaktionen zugunsten der Bodentruppen.

In den ersten Nachkriegsjahren, als Stalin den Wert konventioneller Streitkräfte betonte, die Entwicklung russischer Kernwaffen veranlasste, die strategische Diskussion über deren Einsatz jedoch unterband, war der Flottenbau sehr rege. Der unter seiner Anleitung geplante, aber nur sehr beschränkt verwirklichte Ausbau der Marine sah die Schaffung von Ueberwasserkampfeinheiten vor sowie sehr zahlreiche Unterseeboote mit kleiner Wasserverdrängung zum Schutz der von Russland beherrschten Gebiete gegen amphibische Operationen, für die der potentielle Gegner bedrohliche Fähigkeiten erworben hatte.

- 10 -

In der Chruschtschow-Aera lag die Priorität bei der strategischen Rüstung, das Landheer wurde verkleinert, um dem Bedarf an Arbeitskräften Rechnung zu tragen; das Interesse an der Flotte trat in den Hintergrund, ausser in bezug auf die Unterseeboote als Träger nuklearer Waffen. Man baute indessen die ersten Ueberwasserschiffe mit Raketenwerfern. Der Einsatz der Flotte sollte hauptsächlich gegen feindliche Flugzeugträger ausgerichtet sein.

Dieser Mangel schlug sich in einer gewissen Handlungsunfähigkeit der UdSSR nieder, sobald sie zu Problemen ausserhalb der von ihr kontrollierten Territorien Stellung zu nehmen hatte. Das Flottenkonzept wurde nach dem Sturz Chruschtschows überarbeitet. Dabei befolgte man die bereits vorher entwickelten Ideen des Oberbefehlshabers der Marine, Admiral Gorschkow (seit 1956 in diesem Amt), dessen erklärte Absicht darin besteht, der Flotte ein gleiches "Standing" zu verschaffen, wie den beiden andern Zweigen der Streitkräfte. Die neue "ausgewogene" Flotte sollte aus Schiffen aller Kategorien bestehen (was eine Aenderung des Verhältnisses zwischen U-Booten und Ueberwasserschiffen bedeutete); sie sollte fähig sein, nukleare und nicht-nukleare Aktionen durchzuführen sowie ihre Aufgaben sowohl im Krieg wie im Frieden wahrzunehmen. Admiral Gorschkow fand dabei zu den Aussagen Mahans zurück, um damit die Seemacht zu preisen, als den Inbegriff der Macht schlechthin.

Seit 1965 hält die Expansion der sowjetischen Flotte gemäss diesem Programm an. Das angestrebte Ziel besteht nicht darin, die Meere zu beherrschen, sondern deren Beherrschung durch andere Mächte zu verhindern. Die sowjetische Marine steht heute auf Weltebene auf dem zweiten Rang, verfügt jedoch über mehr Schiffe und höhere Mannschaftsbestände als die amerikanische Flotte. Militärische Erfahrungen, wie der 1967 erfolgte Eintritt

der dritten Eskadra aus dem Schwarzen Meer in das Mittelmeer und die Rolle der amerikanischen Flotte während des Vietnamkrieges haben die sowjetischen Strategen von der Richtigkeit des von Admiral Gorschkow entwickelten Konzeptes überzeugt.

Die neue sowjetische Flotte umfasst daher zahlreiche Arten von Ueberwasserschiffen, die zum guten Teil mit Raketenwerfern anstelle der traditionellen Artillerie ausgerüstet sind, von Atom-U-Booten und einer Vielzahl von Küstenschiffen. zu erwähnen sind die zwei der Schwarzmeer-Flotte zugewiesenen Flugzeugträger, die ersten, welche die UdSSR je gebaut hat. Mehrheitlich sind die Flugzeuge der Marineluftwaffe auf sowjetischem Festland stationiert.

2. Die Seestrategie und die Aufgaben der Flotte

a) Doktrin im Krieg und im Frieden

Für die sowjetischen Strategen bedeutet der Aufbau der Flotte eine durch die geographische Lage und die Weltmachtrolle der UdSSR bedingte Notwendigkeit. Gemäss Admiral Gorschkow wurde das Problem nach dem Krieg besonders dringlich, als sich die UdSSR und andere sozialistische Länder durch ein feindliches Bündnis von Seemächten "eingekreist" sahen, die zu einem Raketenangriff auf das sowjetische Territorium fähig waren, ohne dass die UdSSR eine gleichwertige Drohung entgegenzusetzen vermochte. Die sowjetische Flotte musste daher das Land vor dieser Bedrohung schützen und ihrerseits gegenüber einem potentiellen Feind eine solche schaffen.

Die Entwicklung moderner Waffen führte auf der See, wie auch anderswo, zur Unterscheidung zwischen der strategischen Rüstung (das heisst, den nuklearen Langstreckenraketen) und den

andern Zweigen der Flotte. In der Tat sind die strategischen Kräfte der Marine in den Gesamtrahmen der Atomstreitmacht eingeordnet, deren Einsatz einem einheitlichen Konzept unterworfen ist. Daneben stehen Waffensysteme bereit, welche sich gegen die strategischen Mittel eines Feindes richten und hauptsächlich im Kampf gegen Unterseeboote mit Nuklearsprengköpfen zum Tragen kommen.

Nach Gorschkow obliegen den übrigen Flottenteilen in Kriegszeiten folgende vier Hauptaufgaben:

1. Störung der maritimen Verbindungslinien des Gegners im Hinblick auf eine Lahmlegung des Potentials seiner Rüstungsindustrie und auf die Behinderung seiner Transportwege;
2. Unterstützung der Bodentruppen bei defensiven und offensiven Operationen, vor allem bei der Einleitung von neuen Angriffen bei Operationen auf dem festen Land;
3. Beschleunigung des Verlaufes von Angriffen durch Landeinheiten in Küstennähe mittels Entladung von Truppen in unterschiedlicher Stärke;
4. Zerstörung der gegnerischen Marineverbände.

Die vier Aufgaben sind offensichtlich in der Reihenfolge ihrer Bedeutung aufgezeichnet. Die erste wird augenscheinlich als absolut vorrangig betrachtet.

Was die Rolle der Flotte im Frieden anbelangt, unterstreicht Gorschkow vorerst die Wichtigkeit der Kriegsschiffe, welche sowohl durch die Feuerkraft ihrer Waffen als auch durch ihre fortschrittliche Technik als Ausdruck der wirtschaftlich-militärischen Ressourcen ihres Ursprungslandes gelten.

Die Beweglichkeit der Marine ermöglicht Einsätze, welche die Entschlossenheit eines Landes bekräftigen, Handlungen möglicher Gegner zu unterdrücken oder zu verhindern, und befreundete

Staaten zu unterstützen. In bestem Gefolge der Traditionen vor 1914 betont Gorschkow die hervorragende Bedeutung der Flottenbesuche.

Gesamthalt gesehen, beleuchtet die Doktrin klar die Ungeduld der sowjetischen Flotte gegenüber dem Ungleichgewicht der Seestreitkräfte zwischen der etablierten Macht und dem neuen revolutionären Staat. Entsprechend dem sowjetischen Militärkonzept, das den Willen und die Offensive betont, bezweckt sie, der Marine den Sinn für ihre Bedeutung und das Gefühl der Gleichheit mit dem hauptsächlichsten Gegner zu vermitteln.

Die den verschiedenen Aufgaben zuerteilte Priorität widerspiegelt sich in der Wichtigkeit der einzelnen Schiffstypen. Trotz der Sorge Gorschkows, die Ueberwassereinheiten zu vermehren, befinden sich die U-Boote mit Abstand an der Spitze; Raketen stellen die Vorzugsbewaffnung sowohl der Ueberwasserschiffe wie auch der Marineluftwaffe dar.

b) Die sowjetische Flotte in den Anschlussmeeren

In den Meeren, die durch starke Marineluftwaffenkräfte abgeschlossen oder jedenfalls nur schwer zu erreichen sind, konnten die sowjetischen Flottenverbände von einer wirksamen Küstenverteidigung zur Schaffung von Seebecken mit dem Charakter eines "mare clausum" übergehen. Dies trifft für das Schwarze und das Weisse Meer zu. Wegen dem Umfang der Flotten anderer Länder suchte man in der Ostsee mittels politischen Druckes zu einem Ergebnis zu gelangen (daher die Kampagne zugunsten "der Ostsee, als eines Meeres des Friedens"). Die Sowjetmarine besitzt indessen eine gewichtige zahlenmässige Ueberlegenheit, die jedoch durch geographische Faktoren innerhalb des westlichen Verteidigungsbereiches beschränkt ausgewogen wird (die dänischen Inseln und Meeresstrassen).

- 14 -

In diesen Meeren ist die sowjetische Flotte durchaus imstande, amphibische Operationen durchzuführen, wie sie Admiral Gorschkow erwähnt.

Vermutlich wäre sie im Kriegsfall den Flotten Japans und der USA im Japanischen Meer stark überlegen.

c) Die sowjetische Flotte in den Meeren der nördlichen Hemisphäre

Die Marinebestände der UdSSR im Arktischen Ozean gehen weit über das hinaus, was zur Verteidigung der Halbinsel Kola sowie der Zugänge zum Weissen Meer und selbst zur Unterstützung von Operationen der Landarmee gegen die norwegische Finnmark notwendig wäre.

Angesichts der schwachen maritimen Präsenz der NATO nördlich der Linie Schottland-Island-Grönland, verfügt die sowjetische Flotte in diesem Gebiet über eine deutliche Ueberlegenheit, die aber teilweise durch die Entfernung zu ihren Stützpunkten und durch deren ungünstige Lage in bezug auf das sowjetische Territorium kompensiert wird. Sie ist zu Angriffen gegen den Süden Norwegens befähigt, mit allen Folgen, die sich daraus für die Westmächte in der Nordsee ergeben könnten, in der unter den heutigen Bedingungen die Ueberlegenheit der NATO unzweifelhaft ist.

Wie bereits dargestellt, misst die sowjetische Admiralität den Operationen gegen feindliche Verbindungswege höchstes Gewicht bei. Aus den Ueberlegungen Admiral Gorschkows ergibt sich, dass dies besonders für den Nordatlantik gilt. Daraus erklärt sich die ausserordentlich hohe Zahl von Unterseebooten der Sowjetmarine, vor allem von Nuklear-U-Booten ausser denjenigen, welche den strategischen Kräften angehören. Tatsächlich glaubt man in der Sowjetunion kaum an den Einsatz von Ueberwassereinheiten gegen den feindlichen Nachschub. Man besteht aber auf der Notwendigkeit, unmittelbar nach Ausbruch einer Auseinandersetzung starke

U-Boot-Kräfte konzentriert einsetzen zu können. Für diesen Zweck kommen die Flotte im arktischen Meer (175 U-Boote für Hochseeaufträge, wovon 90 mit Nuklearantrieb) und die Einheiten der Ostsee in Frage, die jedoch durch den Sund behindert sind. Eine solche Schlagkraft bedeutet eine nicht zu unterschätzende Bedrohung für den Schiffsverkehr der NATO, und möglicherweise noch mehr für die Einheiten, welche die Speerspitze der westlichen Flotten bilden, die grossen Flugzeugträger.

Im Mittelmeer weist die sowjetische Präsenz in erster Linie politische Züge auf. Die russische Eskadra ist den zusammengefassten Einheiten der NATO klar unterlegen. Im Kriegsfall könnte sie nur unter schwierigen Bedingungen verstärkt werden. Sie verfügt nur sehr beschränkt über Anlegeplätze (Syrien, Libyen). Darüber hinaus fiel es ihr schwer, ins westliche Mittelmeer vorzudringen, dem wichtigsten Seebecken der NATO-Strategie.

Im Nordpazifik könnte eine bedeutende Unterseeboot-Flottille gegen die Verbindungswege zwischen Japan und den USA zum Einsatz gelangen.

d) Die sowjetische Flotte in den entfernten Meeren

Die Ausdehnung der Aktivitäten der sowjetischen Flotte auf alle Ozeane setzte zunächst den Bau von Schiffen mit einer grossen Reichweite voraus. Um ihre Operationsfähigkeit während langer Zeit aufrecht zu erhalten, bedürfen jedoch diese Einheiten eines Netzes von Stützpunkten, die nicht nur die Versorgung mit Brennstoff, Lebensmitteln und Munition sichern, sondern auch Reparaturmöglichkeiten bieten. Für das Stören feindlicher Flottenbewegungen, insbesondere für die Beherrschung ausnehmend wichtiger Abschnitte, sollten die sowjetischen Schiffe, sofern möglich, auf Küstenstreifen befreundeter Länder zählen können, die ihnen Unterstützung leisten würden.

Währenddem die sowjetische Marine heute Schiffe besitzt, die es ihr gestatten, abgelegene Meere zu erreichen und diese auch zu befahren, befindet sie sich im Vergleich zu ihren Konkurrenten der NATO in bezug auf Stützpunkte noch stark im Hintertreffen. Dies ist selbst in der heutigen Weltlage gültig, in der die grossen Westmächte unter dem Druck eines jungen Nationalismus der Staaten der Dritten Welt gezwungen waren, zahlreiche Flottenbasen aufzugeben.

Bis heute sicherte sich die UdSSR Häfen mit unterschiedlichem Wert in Umm Kasr im Irak, in Aden und Sokotra (Südjemen), in Luanda (Angola), Beira (Mozambique) und in Kuba. Immer wieder wird Cam Ranh in Vietnam erwähnt, was die Vietnamesen energisch bestreiten. Das Schwimmdock in Berbera (Somalia) musste man im vergangenen November überstürzt nach Aden verlegen. Sicherlich liegt einer der Gründe für das Interesse der UdSSR an Erythräa in den ausserordentlichen Vorzügen des Hafens von Massaua.

Keiner der aufgeführten Häfen (höchstens mit Ausnahme von Aden) stellt im wahren Sinne des Wortes einen Flottenstützpunkt dar. Anders ausgedrückt, ist es gegenwärtig unvorstellbar, dass die UdSSR einen lang anhaltenden Kampf durchstehen oder sogar die westlichen Seewege ernsthaft bedrohen kann, welche unter dem Schutz von Kräften stehen, die über die Mittel und den nötigen Beistand verfügen, um eine dauerhafte Kontrolle der Meere auszuüben und die zudem eine fast absolute Ueberlegenheit im Bereich der seegestützten Luftwaffe beanspruchen.

Im übrigen musste die UdSSR wiederholt erfahren, dass die Benützung von derartigen Stützpunkten immer von Zufälligkeiten abhängt (Mers-el-Kebir, Hodeida, Flugrechte in Guinea).

Schliesslich kreuzt die sowjetische Flotte seit mehreren Jahren im Indischen Ozean, wo ihr Auftreten ein gewisses Aufsehen erregt hat. Ohne über eigentliche Stützpunkte zu verfügen,

konnte sie in die Häfen verschiedener Länder einlaufen und veranlasste dadurch den Bau der britischen Basis in Diego Garcia sowie die Vorstösse der Anliegerstaaten, um den Indischen Ozean in eine Friedenszone zu verwandeln. Vor mehreren Monaten haben amerikanisch-sowjetische Verhandlungen begonnen, die fürs erste zumindest eine Begrenzung der Zahl der Schiffe in diesen Gewässern anstreben.

Diesen sowjetischen Aktivitäten kommt in Kriegszeiten nur eine beschränkte Bedeutung zu. Die UdSSR besitzt in Uebersee zu wenig Flotteneinheiten, um den Schiffsverkehr ihrer möglichen Gegner entscheidend zu bedrohen; wie erwähnt, genügt ihre Infrastruktur keineswegs zur Sicherung von langwierigen Operationen. Die Ausgangslage wäre jedoch anders, wenn es ihr gelänge, sich im Südatlantik, im Indischen Ozean und im Pazifik neue Stützpunkte zu erwerben, während der Westen auf seine eigenen verzichten müsste.

Ihre tatsächliche Rolle können diese sowjetischen Marineverbände jedoch zur Hauptsache im Frieden spielen (oder im Jargon der Strategen, im Nicht-Krieg). Die Wirksamkeit der alten Flottenmethoden ("showing the flag") ist nicht unbestritten. Dagegen befindet sich eine Grossmacht zweifellos in einer benachteiligten Lage, sofern sie unfähig ist, ihre Flottenpräsenz in einer internationalen Krise zu zeigen, in welcher sie ihren Einfluss zur Geltung bringen will.

Die aufgeführten Theorien von Admiral Gorschkow beweisen, dass dieser Aspekt der politischen Gleichheit für die Sowjetunion eine recht grosse Bedeutung hat.

e) Die Handelsflotte

Das aufgezeichnete Bild wäre unvollständig ohne Berücksichtigung der ausserordentlich grossen Fischereiflotte der UdSSR und ihrer Präsenz im Handelsbereich.

Von 1950 bis heute stieg die Handelsflotte vom 26. auf den 6. Platz in bezug auf die Tonnage, währenddem die Flottillen für den Fischfang 4'000 Schiffe zählen und den ersten Weltrang in dieser Kategorie einnehmen. Die Handelsflotte tritt ebenfalls stark beim Transport nicht-russischer Güter in Erscheinung und bringt auf diese Weise wertvolle Devisen ein.

Die zivilen Einheiten, namentlich die Forschungsschiffe, können der Kriegsmarine allerlei Dienste leisten.

III Vergleich der sowjetischen Flotte mit der Marine der Westmächte

Die sowjetische Flotte ist heute in vielen Belangen mit der amerikanischen Marine vergleichbar - sie übertrifft diese in der Zahl der Schiffe. Dank ihrem Vorsprung bei den zwei wichtigsten Typen einer modernen Flotte, den grossen Flugzeugträgern und den Unterseebooten mit Nukleareinheiten, sind die Vereinigten Staaten indessen noch einen Schritt voraus, der sich aber in den nächsten Jahren verkleinern könnte. Dieser Abstand vergrössert sich, wenn man den Flotten der grossen westlichen Länder im atlantischen Bündnis Rechnung trägt.

Zudem ist die strategische Lage der amerikanischen Marine begünstigt dank den an zwei Ozeane grenzenden Küsten sowie den Stützpunkten in Uebersee, die ihr gestatten, sich in beinahe alle Meere zu verschieben und sich dort für längere Zeit aufzuhalten.

Demgegenüber ist die sowjetische Flotte ohne weiteres befähigt, Annäherungen an das Gebiet der UdSSR zu unterbinden, gewisse nicht allzuweit entfernte Verbindungswege anzugreifen und amphibische Aktionen in unmittelbarer Nähe des eigenen Territoriums durchzuführen. Darüberhinaus sind ihre Erfolgsaussichten unter den heutigen

Bedingungen zweifelhaft. Insbesondere kann sie nicht, entsprechend den Möglichkeiten der amerikanischen Marine, in Uebersee grosse Landoperationen vornehmen (projection of power ashore).

Somit erscheint sie einerseits als eine natürliche Ergänzung der Landarmee an deren Flanken, andererseits tritt sie auf den "Sieben Meeren" als Bannerträger der noch jungen sowjetischen Weltmacht auf.

Vom Kaukasus bis zum Himalaja

Das Kräftegleichgewicht und die innere Entwicklung
in Iran und Afghanistan

I

Den Ländern, die zwischen Mesopotamien und Kaukasus im Westen und tibetanischer Hochebene und Industal im Osten liegen und die im Norden ungefähr bis zum Aralmeer, im Süden bis zum Persischen Golf und zum Indischen Ozean reichen, ist ein extremes, trockenes Klima gemeinsam, das Landwirtschaft nur möglich macht, wenn umfangreiche Bewässerungsanlagen vorhanden sind und das daher die Nomadenwirtschaft begünstigt. Sie sind von hohen Bergketten durchzogen und von unpassierbaren Wüsten versperrt. Trotzdem haben sich hier seit dem Altertum hochstehende Zivilisationen entwickelt, die, als eine Art riesige Brücke zwischen dem Mittelmeerraum und den unermesslichen Weiten Asiens, zahlreiche Eroberer in beiden Richtungen vorbeiziehen sahen. Ihre Städte waren die grossen Etappen der Karawanenstrassen zwischen Ost und West, insbesondere der berühmten Seidenstrasse.

Die iranische Hochebene nimmt die beherrschende Stellung in diesem weiten Raum ein. Bewohnt wird sie von den Iranern, deren tiefverwurzeltes und uraltes nationales Einheitsgefühl von drei glorreichen Dynastien bekräftigt wurde.

Iran befindet sich heute ganz natürlicherweise im Zentrum des politischen Spieles, das um den von ihm beherrschten "Isthmus" herum gespielt wird. Die übrigen Schauspieler, in mannigfaltigen Verkleidungen, sind schon seit über hundert Jahren und oft sogar viel länger auf der Bühne.

Hauptdarsteller ist heute die Sowjetunion. Sie hat mit grösster Natürlichkeit die Rolle des Zarenreiches übernommen. Die übrigen Rollen spielen China, Indien und Pakistan. Der Westen er-

scheint bloss durch seine Verbindungen zum einen oder anderen dieser Schauspieler. An wenig anderen Punkten der Erdkugel stehen sich ebensoviele Teilnehmer von solchem Gewicht direkt gegenüber, und es lohnt sich deshalb, die Hintergründe ihres Auftrittes zu untersuchen.

Das Verhältnis Persien-Indien im weitesten Sinne ist das komplexeste, historisch gesehen vielfältigste und überdies auch für den Westen kulturell höchst bedeutsam. Es hat die Geschichte Indiens von der arischen Invasion in frühgeschichtlicher Zeit bis zur Expansion der Mohammedanerreiche geprägt. Auch die diskreten, aber nachhaltigen indischen Einflüsse auf die westliche Kultur sind auf diesem Wege erfolgt. China ist im ersten vorchristlichen Jahrhundert in Erscheinung getreten, aber nur vorübergehend. Eigentlich erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts nimmt es eine gefestigte Stellung ein. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat sich dann auch Russland bemerkbar gemacht. Nicht zu vergessen wären schliesslich zwei Einbrüche aus dem Westen, derjenige Alexander des Grossen und derjenige Grossbritanniens, die wegen der dahinter stehenden Reichsidee einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben.

Diese Reichsidee wird im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Geschichte der ganzen Zone bestimmen. Während Grossbritannien die Eroberung des indischen Subkontinentes beendete und zur Sicherung der "Indienroute" eine Kette von Stützpunkten und Territorien unterhielt, stiess Russland mit seiner Persiendiplomatie über den Kaukasus in Richtung auf den Golf vor. Weiter im Osten eroberte es die mohammedanischen Königreiche Zentralasiens und machte China die Mongolei und Sinkiang streitig. Die beiden europäischen Grossmächte begegneten sich damit genau auf der Achse Persien - Afghanistan - Tibet.

Grossbritannien hat das Feld seither wieder geräumt, aber die Spielregeln haben sich kaum geändert. China hatte Sinkiang und die Mongolei seinerzeit eingenommen, um seine Stammlan-

de gegen die Einfälle der gefürchteten Kriegerstämme aus jenen Gegenden zu schützen.

Diese strategische Aufgabe besteht heute weiter; bloss die Art der Bedrohung hat sich geändert. Auf die Reiterhorden der mongolischen und türkischen Nomaden ist die industrielle Grossmacht der Sowjetunion gefolgt, mit einer Armee an ihren Grenzen, die weniger durch ihre zahlenmässige, denn durch ihre ausrüstungsmässige Ueberlegenheit Furcht erweckt. Die neuen Provinzen sind für China zudem wichtig wegen ihrer Ländereien und wegen ihrer beträchtlichen Bodenschätze. Indien braucht sich nicht mehr um die globalen Interessen der ehemaligen britischen Besetzer zu kümmern, aber es setzt ihre Himalajapolitik fort, die darauf abzielte, zwecks Verteidigung des Gangestales die vordersten Bergketten zumindest indirekt zu kontrollieren. Pakistan dagegen hat die schwierige Aufgabe der "Northwest Frontier Province" übernommen, die darin bestand, die Ordnung unter den eng mit ihren Brüdern in Afghanistan verbundenen Pathanenstämmen aufrechtzuerhalten. Der Iran macht sich seine geographische Lage und seine riesigen Erdöl- und Gasvorkommen zunutze, um seinen wachsenden Einfluss in der Golfregion und bis zu den Zufahrten der Meerenge von Bab-el-Mandeb, das heisst auf den für die Ausfuhr der iranischen Oelprodukte lebenswichtigen Seeweg, zu festigen.

Genau im Mittelpunkt dieser entgegengesetzten Stossrichtungen liegt jenes Afghanistan, das Grossbritannien dreimal vergeblich einzunehmen versucht hat. Nachdem es über hundert Jahre aufgrund einer stillschweigenden Uebereinkunft einen Pufferstaat zwischen Russland und dem indischen Subkontinent gebildet hat, scheint es nun heute immer schneller in die sowjetische Einflusssphäre hinüberzugleiten.

Die Entwicklung, die auf die beiden Hauptereignisse der Nachkriegszeit, das heisst auf die Teilung Britisch-Indiens und die Gründung der Volksrepublik China folgte, hat nun diese recht eindeutige Interessenlage beträchtlich verändert.

Die gewaltsame und gegen den Willen der Kongresspartei erfolgte Teilung Indiens hat zu dauernden Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan geführt, namentlich im Streit um Kaschmir - eben eines jener Vorlande des Himalaja, von dem die Sicherheit des Gangestales abhängt. Auf die Unabhängigkeit von Bangladesh folgte zwar eine schrittweise Entspannung zwischen Delhi und Islamabad, aber ihre Pläne und Reaktionen bleiben immer noch weitgehend beherrscht von der früheren Feindseligkeit.

Die russisch-chinesischen Beziehungen haben sich im 19. Jahrhundert zugunsten Russlands entwickelt, nachdem sie bis dahin unter dem Zeichen der chinesischen Vorherrschaft in den damals teilweise unbewohnten Gebieten Sibiriens gestanden hatten. Dem Zarenreich ist es gelungen, weite ehemals chinesische Landstriche zu besetzen und damit Chinas Stellung in der ganzen Randzone, insbesondere in der Mandschurei, zu schwächen. Trotz dem von jungen Sowjetstaat zur Schau gestellten Wohlwollen und seinen gelegentlichen Hilfeleistungen an die Kuomitang sind die sino-sowjetischen Beziehungen von der Ausdehnung des russischen Einflusses auf die Aeussere Mongolei und Sinkiang geprägt. Das Bündnis mit der Volksrepublik China erwies sich als von kurzer Dauer, war es doch von Anfang an von der sowjetischen Präsenz in der Aeusseren Mongolei und in der erst 1955 geräumten Mandschurei belastet (das Protektorat Sinkiang hatte bis 1941 gedauert). Die seitherige Auseinandersetzung betrifft neben ideologischen und allgemeinpolitischen Fragen auch sogenannte "territoriale Probleme", bei denen es sich eigentlich um rivalisierende Herrschaftsansprüche auf eine riesige, strategisch wichtige Zone handelt. Nach chinesischer Auffassung ist ein 250 km langer Grenzabschnitt im Pamir-Gebirge unweit der chinesisch-afghanischen Grenze, umstritten.

Die chinesisch-indischen Beziehungen illustrieren, welches Gewicht diplomatische Traditionen gegenüber aus neuen Ideologien entstandenen Hoffnungen haben: Nachdem sich die beiden Länder wegen ihrer gemeinsamen Eigenschaft als emanzipierte asiatische

Mächte, aber auch in Erfüllung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und schliesslich wegen ihrer Rolle an der Bandung-Konferenz anfänglich angenähert hatten, gerieten sie in der Tibetfrage aneinander. Während China vor allem aus grundsätzlichen Ueberlegungen (anderweitige Bedrohung der territorialen Integrität) auf der Souveränität über dieses Untertanenland beharrte, glaubte Indien aufgrund der von den Briten im Himalaja verfolgten "Vorposten"-Politik berechtigt zu sein, gewisse Bindungen mit Tibet aufrechtzuerhalten. Die Tatsache, dass die Chinesen die von den britischen Kartographen gezogenen (und seinerzeit von Tibet, aber nicht von China gutgeheissenen) Grenzlinien bestritten, führte zu einem für Indien unglücklichen Krieg und zum Einfrieren der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bis zum Tod von Tschu En-Lai.

Die Haltung Indiens gegenüber der Sowjetunion ist sowohl durch seine Beziehungen zu China, als auch durch die pakistanische Aussenpolitik bedingt. Nehru glaubte anfänglich, dass, solange China und die Sowjetunion Verbündete waren, Indien gezwungen sei, eine Politik zu verfolgen, die es soweit wie möglich vermied, den einen oder den anderen der beiden zu reizen. In dieser Ansicht wurde er bestärkt, als Pakistan sich den Vereinigten Staaten zuwandte und dem sogenannten CENTO-Pakt (Pakistan - Iran - Türkei) beitrug. Nach dem Aufstand im Tibet (1958) verschlechterte sich das Verhältnis zu Peking, und als China sich Pakistan annäherte, kam Nehru zum Schluss, dass gute Beziehungen mit der Sowjetunion jetzt doppelt wichtig seien. Es ist bekannt, dass seine Tochter konsequent auf diesem Weg weiterschritt und anlässlich der heiklen Partie, die Indien in Bangladesh spielte, mit Moskau einen gegenseitigen Beistandspakt abschloss. Dieser Pakt hat den Fall der Kongresspartei zwar überlebt, besitzt aber nicht mehr die Bedeutung, die er unter der Regierung von Frau Gandhi besass.

Die Regionalpolitik Pakistans muss heute vor allem jene Kräfte zu bremsen suchen, die auf die Auflösung der nationalen Einheit hinzielen. Bhutto ist es nach dem Sezessionsversuch Ostbenga-

lens 1971 gelungen, dem Land, das damals auseinanderzubrechen drohte, wieder einen gewissen Zusammenhalt zu verleihen.

Auch die heutige Militärregierung hat noch zu kämpfen mit einem mehr oder weniger offenen Aufstand der von ihren traditionellen Stammeshäuptlingen angeführten Belutschi im Südwesten und mit den Umtrieben unter den Pathanen, von denen schon die Rede war. Es scheint, dass die Belutschi vor allem beunruhigt sind über gewisse Modernisierungsmassnahmen, in denen sie eine Beeinträchtigung ihrer überlieferten Rechte erblicken. Was sie fordern, ist nur eine beschränkte Autonomie. Die iranischen Behörden, auf deren Gebiet ebenfalls Belutschi leben, unternehmen nichts, um diese Rebellion zu fördern, denn sie befürchten, dass von aussen - zum Beispiel von der Sowjetunion - geleistete Unterstützung für diese aufsässigen Gruppen zur Gründung eines auf dem Papier zwar unabhängigen, aber in Wirklichkeit von Moskau gesteuerten Belutschistan führen könnte. Irak war vor einigen Jahren an solchen Bestrebungen beteiligt.

Die Umtriebe der der wichtigsten Volksgruppe Afghanistans angehörigen Pathanen oder Paschtunen verursachen vor allem wegen der von ihnen kontrollierten strategischen Schlüsselstellungen (Khyber Pass) weiterhin beträchtliches Unbehagen in Islamabad. Da die afghanischen Führer in der Vergangenheit die abtrünnigen Bestrebungen in der "Northwest Frontier Province" häufig mehr oder weniger offen ermuntert haben, ist es für Pakistan von grösstem Interesse, zu wissen, wie der politische Wind in Kabul weht. Die deutlichsten Pathanenstimmen fordern nicht einen eigentlichen Anschluss an Afghanistan, sondern ein neues "Paschtunistan", das auch Belutschistan umfassen würde. Die Ueberlebensaussichten eines solchen Staatswesens wären indessen sehr gering, und es dürfte sich wohl bald dem Land seiner Rassenbrüder anschliessen.

Die Ereignisse des Jahres 1971 haben zu lockereren, aber immer noch herzlichen Beziehungen zwischen China und Pakistan und zu einer teilweisen Wiederbelebung des schon lange dahinschlummern-

den CENTO-Paktes geführt. Vor allem haben die gemeinsamen Interessen Teherans und Islamabads eine Festigung der in den Fünziger Jahren angeknüpften Bande bewirkt.

Die Aussenpolitik Irans stellt die Fortsetzung der Bemühungen jener iranischen Patrioten dar, die, ähnlich dem Werk Kemal Atatürks, versuchten, das Land wiederaufzurichten, nachdem es im letzten Jahrhundert unter recht weitgehende Beherrschung durch die beiden rivalisierenden Grossmächte Russland und Grossbritannien geraten und als Folge des Ersten Weltkrieges von Anarchie und Zerfall bedroht war. Die gegenwärtige, im Jahre 1925 von einem Offizier der von Russen befehligten iranischen Brigade gegründete Dynastie hat es verstanden, sich die Schwäche der beiden Reiche zunutze zu machen und die nationale Unabhängigkeit sowohl gegenüber der neuen Sowjetmacht als auch gegenüber Grossbritannien zu festigen. Die Besetzung Irans im Zweiten Weltkrieg zwang es zu einem neuen Zweifrontenkrieg, der zur Vertreibung der Sowjets, aber auch zur Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie führte. Nach dem Fall von Dr. Mossadeg im Jahre 1953 setzte sich der Schah persönlich an die Spitze der Regierung und befasste sich vor allem mit der sowjetischen Bedrohung, aber auch mit der damit zusammenhängenden Tätigkeit der Tudeh Partei. Er trat dem unter amerikanischer Schirmherrschaft stehenden Bagdad-Pakt (nach der irakischen Revolution von 1958 CENTO-Pakt genannt) bei, versprach allerdings 1962 der Sowjetunion, keine amerikanischen Raketen auf seinem Territorium zu dulden.

Seit den Sechziger Jahren lockert der Iran seine Bindungen zu den Vereinigten Staaten, denn mit den steigenden Erdöleinkommen ist er nun viel weniger auf deren Hilfe und Waffenlieferungen angewiesen. Die Beziehungen zur Sowjetunion entspannen sich; es werden Verträge mit China abgeschlossen und eine aktive Golfpolitik löst die angesichts des politischen Schwunges der progressiven arabischen Länder zur Zeit der Hochblüte des Nasserismus eingenommene defensive Haltung ab.

Schliesslich haben die auf den Oktoberkrieg von 1973 folgenden Oelpreiserhöhungen dem Schah die nötigen Mittel gegeben, um eine bedeutend ehrgeizigere Politik zu betreiben. Er nahm sich vor, sein Land zur ersten Macht in Westasien werden zu lassen. Diese Absicht wurde zuerst durch beschränkte militärische Unternehmen bekräftigt (Besetzung der Inseln im Persischen Golf; Entsendung eines iranischen Kontingents nach Oman zum Kampf gegen dortige Rebellen) und ist seither auch durch diplomatische Initiativen, wie die Annäherung an Saudiarabien und die Beilegung eines alten Streites mit Irak, fortgesetzt worden.

Gegenüber Afghanistan hat der Iran eine Politik der wirtschaftlichen Hilfe verfolgt, die darauf abzielte, dort ein Gegengewicht zur ständigen sowjetischen Präsenz zu schaffen.

Es scheint schliesslich, dass selbst die Sowjetunion mehrmals ihre Absichten geändert hat. In den Jahren der inneren Wirren und des Bürgerkrieges hatte sie zunächst versucht, ihren Einflussbereich auf den Norden Irans, namentlich auf die Gegenden südlich des Kaspischen Meeres, auszudehnen. Später begnügte sie sich indessen mit einem Vertrag, der ihr für den Fall, dass eine Drittmacht den Iran bedrohen sollte, ein Interventionsrecht einräumte. Stalins Politik wollte dann in Zentralasien Anziehungspunkte für die verschiedenen Nationalitäten in den Grenzregionen zwischen Kaukasus und Pamir schaffen. Obwohl die Zentralasiatischen Sowjetrepubliken dank der beträchtlichen, dort anwesenden russischen Minoritäten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erheblich raschere Fortschritte machten, als die weiter südlich lebenden Völker, hat sich diese Verlockung als schwach erwiesen. Die brutale Repression, von der die führenden Schichten in Zentralasien in den Dreissiger Jahren betroffen wurden, aber wohl auch die schwierigen und zweideutigen Beziehungen des Regimes mit dem Islam haben in dieser Beziehung sicher eine Rolle gespielt.

Der Sezessionsversuch eines prosovjatischen Regimes im iranischen Aserbeidschan (1945/46) und die Weigerung, der UdSSR Oelkonzessionen zuzugestehen, sollten die Beziehungen bis zum Tode Stalins dauernd belasten. Seither hat sich trotz Irans prowestlichem Kurs eine schrittweise Entspannung abgezeichnet. Es steht aber ausser Zweifel, dass die wachsenden Ambitionen des Schahs und seine Rolle in Gegenden wie Südarabien und dem Horn von Afrika, wo sich das sowjetische Engagement gesteigert hat, in Moskau sicher nicht eitel Freude erweckt haben. Muss man den Staatsstreich in Afghanistan als Erwidern auf die Initiativen der iranischen Diplomatie in jenen Gegenden betrachten?

Das Bild wäre unvollständig ohne einen Abriss der von Afghanistan selbst verfolgten Politik. Seit den Dreissiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gehörten alle afghanischen Monarchen - und selbst der verstorbene Präsident Daud - dem Stamm der Mohamedzai an. Sie verstanden es auf geschickte Weise, sich die Rivalitäten unter den Grossmächten zunutze zu machen und die Unabhängigkeit des mehr als einmal bedrohten Afghanistans zu bewahren. Unter König Amanullah führte Afghanistan als eines der ersten Länder eine auf sowjetischer Unterstützung beruhende Aussenpolitik. Ihre Ziele sind trotz manchen Kursänderungen eigentlich die gleichen geblieben. Man hat aber in Kabul bedauert, dass wegen des mangelnden Interesses der Vereinigten Staaten das Land immer mehr von der sowjetischen Hilfe abhängig geworden und es dem mächtigen Nachbarn im Norden gelungen ist, in den benachbarten Grenzprovinzen einen dominierenden Einfluss auszuüben.

Vor einer Analyse der politischen Aussichten für diese Zone scheint es angebracht, die innere Lage in den beiden Ländern etwas näher zu betrachten, welche die Eckpfeiler des politischen Systems der Region bilden: Iran und Afghanistan.

II

Wie erwähnt stürzte im Jahre 1925 Brigadier Resa Chan die sich seit 1796 an der Macht befindliche Kadscharendynastie und begründete seine eigene Dynastie Pahlevi. Die Gründung einer Dynastie ist im 20. Jahrhundert ein eher seltenes Ereignis, und es lohnt sich deshalb, die Tradition etwas näher zu betrachten, an die Resa Chan (bis 1941 regierte er unter dem Namen Resa Schah) in einer Zeit anknüpfte, in der Erneuerungsbewegungen fast ausschliesslich republikanische Formen annahmen.

Die sich damals in völligem Zerfall befindliche Kadscharendynastie herrschte über ein Land, das in der Vergangenheit schon immer eine bemerkenswerte Fähigkeit besessen hatte, den geschichtlichen Störungen, denen es ausgesetzt war, seine eigene Prägung zu verleihen.

Diese Fähigkeit tritt bereits zur Zeit der Achaimeniden-dynastie auf dem Gebiet der Religion und des Reichsgedankens in Erscheinung. Sie kennzeichnet die Arsakiden und vor allem die Sassaniden mächtige Rivalen des römischen und des byzantinischen Reiches - und äussert sich namentlich in der Art und Weise, in der der Islam übernommen wurde: Auch nachdem der Iran eine Provinz des arabischen Reiches geworden war, behielt er seine eigene nationale Literatur und Sprache bei und entschied sich für den Zwölfer-Schiismus - jene islamische Glaubensrichtung, die sich auf den Kalifen Ali, Schwiegersohn des Propheten, beruft und die sich neben einer tiefen Mystik durch den Glauben an einen verborgenen Imam auszeichnet. Trotz den Wechselfällen der Geschichte und zahlreichen Eroberungszügen vermochte das iranische Volk seine Identität und die Erinnerung an seine glorreiche Vergangenheit zu wahren.

An diese Vergangenheit anknüpfend suchte die neue Dynastie den Iran auf den Weg zu Reformen und sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt zu führen. Bei diesen Bemühungen kamen ihr zwar

die reichen Bodenschätze des Landes zu Hilfe (die erste Erdölkonzession wurde 1901 gewährt), hindernd wirkten aber auf der anderen Seite die noch mittelalterlichen Gesellschaftsstrukturen sowie die tief verwurzelte und mit materiellen Interessen verbundenen konservativen Weltanschauungen.

Angesichts einer starken nationalistischen Opposition hatte die vorhergehende Dynastie nach 1906 eine Verfassung erlassen müssen. Es ist dies jene Verfassung, die der heutige Schah kürzlich wieder in Kraft zu setzen versprochen hat und die eine konstitutionelle, von einem Parlament (Madschlis) kontrollierte Monarchie vorsieht. Sie räumte ausserdem den Ulemas, den islamischen Gelehrten, die Befugnis ein, die den persönlichen Status betreffenden Gesetze der Scharia, das heisst dem Recht des Korans, anzupassen. Noch heute beanspruchen die Ulemas diese Befugnis, und es wird daraus deutlich, wovon vor allem die Forderung nach Beschränkung der Rechte des Souveräns gekommen ist.

Der Iran (damals Persien) war ein rückständiges Land mit einer Bevölkerung, die zu 90% aus Analphabeten bestand, ein Land, dessen bebaubare Fläche sich zum grossen Teil in den Händen einer kleinen Schicht von Grundbesitzern befand, ein Land ohne Strassen, ohne Eisenbahnen, mit einer Armee, deren wenige moderne Einheiten von ausländischen Offizieren befehligt wurden, ein Land mit einem auf das Studium des Korans ausgerichteten Bildungssystem, ein Land schliesslich ohne modernen Gesundheitsdienst. Darüber hinaus wurde es als Opfer der anglo-russischen Annäherung in zwei "Einflussbereiche" aufgeteilt.

Hauptursache des Aufstandes Resa Chans im Jahre 1921 war die Unfähigkeit der Dynastie, die Staatsinteressen und das Hoheitsgebiet zu verteidigen. Der neue Souverän richtete seine Politik auf diese Ziele aus und gab dem Aufbau einer Armee, einer Verwaltung und moderner Verkehrswege den Vorrang. In gleicher Weise leitete er aber auch gegen den Widerstand der Ulemas wichtige

gesetzgeberische Reformen ein, schuf die Grundlagen für ein modernes Schulsystem und setzte eine Agrarreform in Gang, welche indessen bald steckenblieb. Ferner ist bemerkenswert, dass unter seiner Herrschaft zahlreiche Dörfer als "Kronland" erworben wurden. Von diesen Dörfern sollte dann die zweite Agrarreform ausgehen.

Die Verstärkung der Zentralgewalt, vielleicht die positivste Errungenschaft der Regierungszeit Resa Schahs, wurde durch die Besetzung des Landes im Jahre 1941 und seine Verwendung als Transitweg für die Versorgung der sich im Krieg befindenden UdSSR ernsthaft in Frage gestellt. Resa Schah dankte ab und überliess den Thron seinem 21-jährigen Sohn Mohamed Resa. Der Madschlis erhielt nun eine beträchtliche Bedeutung, welche er bis 1961 in unterschiedlichem Grad beibehalten sollte.

Theoretisch nach dem Proporzsystem gewählt, ist der Madschlis eine Notabelnversammlung, wo man vor allem Vertreter der Gesellschaftsschichten mit "westlicher" Bildung, der modernen Bürokratie, der Kaufleute ("Bazar"), der Grundbesitzer und der traditionellen Stammesführer antrifft. Er hat sich immer als sehr konservativ erwiesen und im besonderen auch für die Idee einer Agrarreform wenig zugänglich gezeigt.

Der Schah hat erst allmählich die Stellung eines tatsächlichen Regierungschefs erobert, welche er noch heute besitzt. In den ersten Nachkriegsjahren hatte er gelegentlich mit Entschlossenheit in die Politik eingegriffen. Nach dem Sturz von Mossadegh bemächtigte er sich des Streites um die Landreform und verwies das Parlament auf eine rein passive Rolle, ohne es aber ganz aufzuheben.

Wie diejenige seines Vaters, so ist auch die Politik des neuen Schahs wesentlich vom Nationalismus geprägt. Die Armee genießt folglich weiterhin hohe Priorität. Dazu haben sich wichtige wirtschaftliche und soziale Aufgaben gesellt, die weitaus ehrgeiziger sind, als diejenigen seines Vorgängers, dies dank den

vermehrt zur Verfügung stehenden Erdölgeldern. Die Agrarreform, bestehend aus der Verteilung der Kronländereien und in einer Neuregelung des Pachtrechtes, gab den iranischen Bauern eine neue Unabhängigkeit. Eine Reihe von Wirtschaftsplänen erlaubte es, die Infrastruktur zu entwickeln und die Industrialisierung zu beschleunigen. Die Alphabetisierung hat bedeutende Fortschritte gemacht; die Zahl der Aerzte ist zwar noch bescheiden, aber die Schaffung von mobilen medizinischen Versorgungsequipen hat die Lage auf dem Lande verbessert.

Es war der Schah selbst, der die starke Erhöhung der Erdölpreise im Herbst 1973 veranlasste. Trotz seiner Erklärung, diese Massnahme erfolge "im wohlverstandenen Interesse des Westens", wollte er vor allem sein Land vom bestehenden Preisvorteil des Erdöls, einer nicht erneuerbaren Energiequelle, gegenüber anderen Energieträgern, profitieren lassen. So sind die Staatseinnahmen aus dem Erdöl von 2,2 Milliarden \$ auf 18,5 Milliarden \$ jährlich angestiegen. Die im jüngsten Fünfjahresplan budgetierten Beträge wurden vervierfacht und erreichten beinahe 100 Milliarden \$.

Diese gewaltige Geldspritze in eine Wirtschaft, deren Volumen sich schon seit Jahren um jährlich 10-12% ausdehnte, zeitigte kontraproduktive Wirkungen. Die zeitweise 40% erreichende Wachstumsrate überforderte die Wirtschaft; die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land, ein Problem jedes Entwicklungslandes, erreichten ein Verhältnis von 5 zu 1. Es gab nicht genügend Kader für die Ausführung der neuen Projekte, deren Vorbereitung oft zu wünschen übrig liess; im Transportwesen und in der Elektrizitätsversorgung traten Engpässe auf. Der Wohnungsmangel nahm bedrohlich zu und die Inflation überstieg 20% im Jahr. Getroffene Massnahmen zur Nahrungsmittelsubvention verschärften die Unterschiede zwischen Stadt und Land. Die Ueberhitzung förderte Korruption und übermässige Gewinnmargen im Zwischenhandel.

Im Herbst 1976 musste der Schah seine allzu ehrgeizigen Vorhaben den neuen Verhältnissen anpassen, nachdem er einige Jahre zuvor erklärt hatte, aus dem Iran die fünfte Wirtschaftsmacht der Welt machen zu wollen. Die gegenwärtigen Unruhen erklären sich vor dem Hintergrund dieser überstürzten wirtschaftlichen Entwicklung.

Da der Iran über 10% der bekannten Erdölvorräte und über 20% des Erdgases verfügt, besteht seine Energiepolitik heute darin, die petro-chemische Industrie zu entwickeln (er dürfte dabei auf harte Konkurrenz von anderen Erdölproduzenten stossen, die Gleiches tun) und Erdgas an die Sowjetunion zu verkaufen, die ihrerseits mit ihrem eigenen Gas Westeuropa beliefert. Die Schweiz wird auf diese Weise in den Jahren 1981/1982 500 Mio. m³ sowjetisches Gas beziehen. Besonders bemerkenswert sind die Anstrengungen, die schon heute unternommen werden, um bei der Elektrizitätserzeugung Oel (heute 70%) und Erdgas (18%) durch Kernenergie zu ersetzen. Die Produktionskapazität soll von 4'000 MW im Jahre 1977 auf 20'000 MW erhöht werden.

Die Landwirtschaft beschäftigt heute ungefähr 35% der erwerbstätigen Bevölkerung (90% am Anfang des Jahrhunderts). Die Produktion steigt jährlich um 4-5% und ist heute 65% höher als 1965. Die Nachfrage wächst indessen um jährlich ca. 12% (ein Zeichen des steigenden Wohlstandes) und erfordert eine ständige Zunahme an Importe, die heute schon einen Viertel des Gesamtverbrauchs der Nahrungsmitteln ausmachen (und nicht 90%, wie der schiitische Führer Ayatollah Khomeiny behauptet). Die Aufblähung der Wirtschaft hat zwar zu einer starken Landflucht geführt, doch können die Neuankömmlinge zur Zeit zum grossen Teil noch im blühenden Bausektor beschäftigt werden. Die landwirtschaftliche Entwicklung hängt vom guten Funktionieren der zusammen mit der Landwirtschaftsreform und den Bodenkrediten geschaffenen Verkaufsgenossenschaften ab, die in einem Lande, in dem es an ausgebildeten Kader mangelt, ihre Probleme stellen. Die ungenügenden Erträge der Landwirtschaft haben die Regierung zu vermehrten Investitionen und zur risikoreichen

Politik der "landwirtschaftlichen Pole" veranlasst: in der Hoffnung, die Landbevölkerung konzentrieren zu können, werden diese ungefähr zwanzig Regionen auf Kosten der übrigen gefördert, die nun keine Subventionen für die Infrastruktur (Schulen, Polikliniken, etc.) mehr erhalten. Die sozialen und ökologischen Folgen dieses Experimentes sind heute noch nicht abzuschätzen.

Wie schon erwähnt, hat sich die Industrie sehr schnell entwickelt und beschäftigt heute (zusammen mit dem Bergbau) rund 24% der aktiven Bevölkerung. Ziel ist es, bis Ende dieses Jahrhunderts eine international konkurrenzfähige Industrie aufzubauen - denn die Erdölvorräte dürften dann zur Neige gehen. An Arbeitskräften fehlt es nicht, wohl aber an Technikern und Spezialisten, denn die Berufsbildung ist noch völlig ungenügend. Die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Lohnkosten haben die in der iranischen Industrie schon immer niedrige Rentabilität weiter absinken lassen. Streiks sind zwar verboten, jedoch wird häufig "nach Vorschrift" gearbeitet.

Die Massnahmen von 1976 haben jetzt Früchte getragen. In verschiedenen Bereichen (Verkehrs-, Elektrizitäts- und Bauwesen) ist eine Entspannung feststellbar, und die Inflationsrate sinkt. Ein gewisser Optimismus ist somit in dieser Beziehung nicht unangebracht.

Die Schwierigkeiten im Bereiche der Innenpolitik häufen sich hingegen.

Die Politik des Schahs hat immer mit zwei Gruppen von Gegnern rechnen müssen. Die eine besteht vor allem aus Intellektuellen und überhaupt aus Leuten, die eine westliche Ausbildung genossen haben und für die seine Politik zu konservativ, ja sogar reaktionär ist. Diese Gruppe bevorzugt ein sozialistisches Entwicklungsmodell, in welchem die kulturellen Hindernisse mit revolutionären Mitteln und einer Mobilisierung überwunden würden. Die Monarchie stellt natürlich die erklärte Zielscheibe der Anhänger dieser

Theorien dar, und gewisse Gruppen, die gelegentlich mit G. Habaschs FPLP und mit Libyen in Zusammenhang gebracht werden, haben nicht gezögert, die Theorie gelegentlich mit Gewalt in die Praxis umzusetzen. Das Regime ist während des letzten Jahres hart gegen diese Gruppen vorgegangen. Die dabei von der Geheimpolizei SAVAK angewendeten Methoden (Folter, Tätigkeit im Ausland) haben dem Ruf des Iran in solchem Masse geschadet, dass der Schah persönlich eingeschritten ist und gewisse Aenderungen veranlasst hat.

Die andere, bedeutend wichtigere Oppositionsgruppe vereinigt zwei Strömungen. Sie vertritt einerseits jene Schichten, die infolge der Reformen und der Wirtschaftsentwicklung an Einfluss verloren haben, besonders die Grundbesitzer, andererseits eine Menge von Leuten aus allen sozialen Schichten, welche ihre Gewohnheiten und traditionellen Vorstellungen durch den technischen Fortschritt und die Entwicklung der Sitten gefährdet sehen. Diese Opposition hat ihre natürlichen Führer in den schiitischen Würdenträgern gefunden, insbesondere unter denjenigen, die in den heiligen Städten Kom und Meschhed wohnen. Auch sie ist zeitweise durch terroristische Gruppen in Erscheinung getreten.

Es ist bezeichnend, dass in diesen Kreisen die Folgen der Agrarreform als katastrophal betrachtet werden (die Beschränkung des Grossgrundbesitzes wurde einst als mit dem Islam unvereinbar betrachtet) und dass die Hauptforderungen, welche während der Unruhen der letzten Monate erhoben wurden, die Achtung vor der islamischen Tradition betreffen - so wenigstens, wie sie in den konservativsten Milieus verstanden wird.

Der Schah und seine Berater haben diese Opposition als islamo-marxistisch bezeichnet, ein Begriff, der nicht so lächerlich ist, wie es zunächst scheint, denn die Links-Bewegungen könnten gut und gerne versucht sein, ihre Unterstützung der proislamischen Massenbewegung zukommen zu lassen, gegen die Dynastie und gegen ihre sich auf den Westen abstützenden Technokraten. Die

ausgezeichnete Organisation gewisser Manifestationen, vor allem in Täbris, der Hauptstadt der kurzlebigen Volksrepublik Aserbeidschan im Jahre 1946, vermochte jedenfalls diesen Eindruck zu erwecken.

Der Schah hat sich für eine flexible Verteidigung seiner Stellung entschieden. Zuerst ist er auf die Verpflichtung seiner Untertanen zurückgekommen, der Einheitspartei "Rastachis" ("Auferstehung") anzugehören, um darauf mit der Reaktivierung des Madschlis einer der Hauptforderungen der religiösen Führer nachzugeben. In gleicher Weise hat er die nötigen Freiheiten für die Durchführung der im kommenden Frühling stattfindenden Wahlen zugestanden.

Es ist vorgesehen, dass sich drei "Strömungen" um die Gunst der Wähler bewerben.

Es ist ihm weder gelungen, die Agitation zu beenden, noch sie in verfassungsmässige Bahnen zu leiten. Dies dürfte nur dann zu erreichen sein, wenn er einsieht, dass sich in absehbarer Zukunft nicht alle Ziele, die er sich vorgenommen hat, gleichzeitig verwirklichen lassen und dass der Vorzug jenen Vorhaben zu geben ist, welche die Gesellschaft zu stabilisieren vermögen.

Halten wir noch kurz fest, welches Interesse die Entwicklungen im Iran für unsere Wirtschaft darstellen: Das iranische Erdöl stellte 1973 0,6% und heute 16,5% unserer Einfuhren dar. Dank einem Wachstum der Ausfuhren von über 100% ist unsere Handelsbilanz trotz dieser höheren Importe positiv geblieben (über 630 Mio. Franken im Jahre 1977). Neue Möglichkeiten könnten sich durch iranische Beteiligungen an schweizerischen Unternehmen eröffnen, die der Iran dazu benützt, um sich know how zu verschaffen (wie im Falle von Krupp und Daimler-Benz).

Afghanistan hat sich, im Vergleich zum Iran, im Laufe der letzten Jahrzehnte nur bescheiden entwickelt. Oftmals überfallen und Grossreichen einverleibt, die verschiedensten Zivilisationen angehörten (worunter auch die unsrige), ist das Land erst seit der Mitte des 18. Jahrhunderts geeint.

Deutlich gekennzeichnet wird es vom sunnitischen Islam, in welchem die Brüderschaften der "Sufi" sehr einflussreich geblieben sind. Die Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Bauern. Daneben geniessen die Nomaden als gefürchtete Krieger ein Ansehen, das zu ihrer Zahl in keinem Verhältnis steht. Im Unterschied zu den iranischen Nomaden haben sie bis heute ihre quasi unabhängige Stellung beibehalten. Es gibt zwei ethnische Hauptgruppen, nämlich die vorherrschenden Paschtunen (oder Pathanen) mit einer indogermanischen Sprache (50%) und die Tadschiken (Perser), ungefähr 35%, die eine wichtige Rolle im Handel spielen. Die bebaubare Fläche ist klein, vor allem wegen der mangelnden Bewässerungsanlagen.

Die Abgeschlossenheit des Landes und die militärischen Fähigkeiten seiner Bevölkerung haben es zwar der Kolonisierung, nicht aber dem Einfluss der Grossmächte und ihren Rivalitäten entzogen. Das Gleichgewicht, welches sich am Fusse des Hindukusch allmählich zwischen Russen und Engländern eingestellt hatte, wurde durch einen Vertrag im Jahre 1895 auch formell festgehalten. Auf diesen Vertrag, der die Vermeidung eines direkten Kontaktes zwischen den beiden Kolossen zum Ziel hatte, geht auch jener merkwürdige "Finger" zurück, welcher Afghanistan mit China verbindet.

Afghanistan hatte für seine Unabhängigkeit mit einer bis zum Ende des Ersten Weltkrieges dauernden, fast vollständigen Isolierung von der Aussenwelt bezahlen müssen.

Nach dem dritten afghanischen Krieg (1919) trat das Land auf Betreiben Aman Ullahs mit der Sowjetunion, dem Iran und der Türkei in Beziehung und wurde von Grossbritannien formell in die Unabhängigkeit entlassen. Die Erneuerungsbemühungen Aman Ullahs nahmen nach 10 Jahren mit seiner Absetzung und mit der Liquidierung seiner Gefolgsleute ihr Ende.

Die lange Regierungszeit von Mohammed Sahir Schah (1933-1973) war von allmählichen wirtschaftlichen Fortschritten, aber auch von einer gewissen Stagnation der Gesellschaft und der

Institutionen gekennzeichnet. Vom Zweiten Weltkrieg an wurde der sowjetische Einfluss immer spürbarer. Premierminister Daud (der spätere Präsident), im Amte von 1953 bis 1963, war einer der Architekten dieser fortschreitenden Annäherung. Zwei wichtige Etappen waren die Lieferung russischer Waffen (die UdSSR ist seitdem einziger Lieferant Afghanistans) und die Entsendung von afghanischen Offizieren zur Ausbildung in der UdSSR (1960).

Der König setzte den Premierminister wegen eines Konfliktes mit Pakistan ab, das sich durch die irredentistische Politik Dauds in der Paschtunistan Frage angegriffen fühlte. Die Sowjetunion lieferte indessen weiterhin 65% der ausländischen Hilfe an Afghanistan. Sie vor allem baute die Strassen, welche die russische Grenze mit Kabul und Kandahar verbinden.

Der Staatsstreich von 1973 war, wie jener in diesem Frühjahr, das Werk von in der Sowjetunion ausgebildeten Offizieren. Daud, Vetter des Königs und verantwortlich für die Annäherung an die Sowjetunion, sollte, wie es scheint, einem progressiven Regime einen gemässigten Anstrich verleihen. Es dauerte jedoch nicht lange, bis er sich seiner Verbündeten entledigt hatte. Er verbot die Parchampartei ("Fahne"), eine Absplitterung von Tarakis kommunistischer Chalqpartei ("Volk") und räumte sich in der Verfassung von 1977 weitestgehende Befugnisse ein. Ausserdem liess er sich gleichzeitig mit der Parchampartei, als auch mit der Chalqpartei auf ein Kräftemessen ein, was dann zum Staatsstreich vom 27. April dieses Jahres führte.

Der Coup wurde wiederum von in Moskau ausgebildeten Offizieren - vor allem Angehörigen der Luftwaffe - ausgeführt. Obwohl die Sowjetunion jede Teilnahme oder Mittäterschaft bestreitet, ist es in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass Daud in Abweichung von seiner eigenen früheren Konzeption, eine Politik der Versöhnung mit dem Iran und mit Pakistan betrieben hatte und kurz vor seinem Fall sogar Präsident Sadat unterstützte.

Der Staatsstreich verlief blutig. Das neue Regime versucht, den Tod Dauds und seiner Vertrauten einem Zusammentreffen unglücklicher Umstände zuzuschreiben und bestreitet Berichte, wonach es 10'000 Tote gegeben hätte. Unbestritten ist jedoch, dass recht harte Kämpfe stattgefunden haben und dass prominente Gegner des neuen Regimes, vor allem geistliche Würdenträger, hingerichtet worden sind.

An der Spitze der sofort gebildeten Regierung steht Taraki; nicht nur er, sondern auch seine Kollegen gehören der Chalq - Gruppe an. Trotz der Aussöhnung haben die Mitglieder der anderen Faktion mit Botschafterposten vorlieb nehmen müssen. Die Verwaltung ist auf allen Stufen gesäubert worden, und hinter den jüngeren Kadern, die nachgerutscht sind, stehen russische Berater.

Die neue Regierung hat noch kein vollständiges Programm festgelegt, aber bereits eine Landreform angekündigt. Sie hat die Trägheit des Regimes Daud hart kritisiert und sich feierlichst verpflichtet, die islamischen Traditionen zu wahren. Die Angehörigen des Mohamedzai-Clans sind von den wichtigen Stellungen entfernt worden, die sie im Leben des Landes innehatten. Die Sowjetunion hat eilig an die fünfundzwanzig Kooperationsabkommen mit Afghanistan abgeschlossen. Davon abgesehen bleibt es noch unklar, in welcher Weise sie ihre Beziehungen zum neuen Regime auszunützen gedenkt.

Ausser einer leicht drohenden Paschtunistan - Erklärung scheint die Regierung Taraki an ihren südlichen Grenzen noch keine Initiativen ergriffen zu haben.

Die Festigung der Macht wird zweifellos einige Zeit beanspruchen, da zahlreiche Stämme und Parteien einer kommunistischen (also atheistischen) Regierung nur mit grösstem Misstrauen begegnen. Sicher wird die Art, in der die Regierungsgewalt ausgeübt wird, ihre Rückwirkungen auf die politischen Entscheidungen des Kremls bezüglich der Nachbarländer haben.

III

Die Zukunft dieser aufgewühlten Region wird von zwei verschiedenen, aber in gegenseitiger Wechselwirkung stehenden Entwicklungen abhängen: einerseits von der Zukunft von Gesellschaften, die sich in einer Phase tiefer Veränderung befinden und andererseits von den politischen Zielen der Sowjetunion.

Die soziale Entwicklung ist durch einen eher tatsächlichen als grundsätzlichen Konflikt zwischen dem Islam und dem wirtschaftlichen Aufschwung gekennzeichnet, möge sich dieser nun unter westlichen oder unter kommunistischen Vorzeichen abspielen.

Es stellt sich heraus, dass der Islam, der durch seinen Humanismus zu allen Zeiten tiefgreifender Veränderungen einen ruhenden Pol dargestellt hat, auch ein Hindernis sein kann, das dem Lauf dieser Veränderungen eine neue Richtung gibt. In allen mohamedanischen Ländern wird die Anpassung der islamischen Tradition an den sozialen Fortschritt, den diese Länder herbeiführen möchten, das Grundproblem der nächsten Jahrzehnte sein.

Die sowjetische Politik scheint gegenwärtig nicht von lokalen Faktoren, sondern von weiterreichenden Perspektiven bestimmt zu sein. Viel mehr als das Schicksal der Völker Afghanistans scheinen der südarabische Sektor und das Horn von Afrika die Bewegungen der sowjetischen Politik zu diktieren.

Der Staatsstreich im Südjemen, an der "Schlagader" des Golfs, wurde in Teheran als völlig analoges Parallelmanöver zu den Ereignissen in Kabul aufgefasst. Der Iran versucht dennoch, seine guten Beziehungen mit Afghanistan und auch mit Pakistan aufrechtzuerhalten. Pakistan und China verfolgen die ersten Schritte der neuen Regierung in Kabul mit nicht weniger Misstrauen, und der Besuch von Hua Kuo-feng im Iran, seine einzige asiatische Etappe, ist sicher nicht zufällig. Delhi ist zurückhaltender, aber gewisse

Bemerkungen, zwischen den Beteuerungen der Freundschaft mit der Sowjetunion, zeugen von einem tiefen Unbehagen.

Die Schwächung Pakistans hat zu grösserer Verantwortung Indiens und zu einem weiteren Schwinden des amerikanischen Einflusses im Süden des Himalaja geführt.

Die Auswirkungen beschränken sich nicht auf die direkt betroffene Zone. Die Eile, mit welcher der Freundschaftsvertrag zwischen Japan und China unter Dach gebracht wurde, hängt mit den wachsenden Spannungen zwischen den sozialistischen Ländern Südwestasiens zusammen, aber auch der Druck auf die Grenzen Chinas mag eine Rolle gespielt haben.

Zur Zeit gibt es noch keine Anzeichen dafür, dass das neue Regime in Afghanistan der Sowjetunion Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung stellen will. Es hält aber hier einen mächtigen Trumpf in den Händen, der das strategische Gleichgewicht verschieben könnte.

Anhang:

1 Landkarte

Bibliographie

AREA HANDBOOK for AFGHANISTAN
February 1969

